

antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 78

Januar 2013

30. Januar 2013:

Vor 80 Jahren übernahmen die Faschisten die Macht „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ aktueller denn je!

Am 30. Januar jährt sich zum achtzigsten Mal das Datum der Machtübertragung an die deutschen Faschisten. Und nicht nur das: In unserer Erinnerung sind sie alle wieder da, die Daten des Jahres 1933, die mit dem Schrecken des Nazi-Terrors verbunden sind: Erste staatliche Terrormaßnahmen gegen Menschen jüdischen Glaubens, überhaupt gegen Andersdenkende, gegen die politischen Gegner wie Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen und viele andere, Parteienverbote, Verbot der Gewerkschaften, Bücherverbrennungen, staatlicher Rassismus sind Beispiele dafür. Erinnerung und Gedenken an das Geschehen von 1933 fordern von uns auch heute aktives Handeln. Auch 2013 gilt:

Den Neofaschisten entschlossen entgegentreten!

Im Jahr 2012 haben die Neofaschisten erneut versucht, durch Aufmärsche Präsenz zu zeigen, Die jährlich wiederkehrenden provokativen „Trauer“-Märsche z.B. in Dresden, in Lübeck, die Aufmärsche am 1. und 5. Mai in Neumünster, am 2. Juni in Hamburg mögen hier als Beispiele genügen. Fast immer ist es gelungen, die Märsche entweder ganz zu verhindern oder doch zumindest weitgehend zu blockieren. Das alles zeigt: Wir können sie stoppen!

Auch im Jahr 2013 werden wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern den Neonazi-Provokationen entgegentreten, wo immer sie stattfinden!

Wichtig ist es aber auch, nicht immer nur auf die Neofaschisten zu reagieren. Wir müssen jetzt entschlossen Flagge zeigen:



Im Jahr 2013 muss das NPD-Verbot endlich durchgesetzt werden!

Wir freuen uns, dass die Innenminister und in der Folge die Ministerpräsidenten der Bundesländer endlich die Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens in Gang gesetzt haben. Aber das reicht nicht aus. Die zögerliche Haltung der Bundesregierung und des Bundestages zeigt:

Wenn wir den politischen Druck nicht aufrecht erhalten, wird sich nichts bewegen.

Unsere Forderungen bleiben also:

- Sofortige Auflösung der NPD und aller anderen neofaschistischen Organisationen
- Ausschluss aller Neonazis aus den Landes- und Kommunalparlamenten
- Bestrafung aller für die Neonazi-Gewalttaten Verantwortlichen
- Schonungslose Aufklärung der NSU-Verbrechen und Bestrafung der Hintermänner
- Schluss mit der staatlichen Verfolgung von Antifaschisten

Im vergangenen Jahr hat unsere Landesorganisation der VVN-BdA mit vielen öffentlichen Aktionen die Forderung nach einem NPD-Verbot unterstützt: Ein Highlight neben vie-

VVN-BdA feierte 65. Geburtstag

Mit einer festlichen Veranstaltung im Elmshorner Rathaus beging die Landesorganisation Schleswig-Holstein der VVN-Bund der Antifaschisten ihren 65. Geburtstag. Grußworte überbrachte Elmshorns Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzeck (Bild), die in anerkennenden Worten vor allem das Wirken der VVN-BdA in Elmshorn und im Kreis Pinneberg würdigte. Lesen Sie mehr im Innenteil unseres „ar“-Rundbriefs.

len anderen war unser vielbeachtetes öffentliches Auftreten auf dem Schleswig-Holstein-Tag 2012 in Norderstedt, wo wir unsere Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ präsentierten und fast 500 Unterschriften für ein NPD-Verbot sammelten.

Auch 2013 gilt: NPD-Verbot: Jetzt aber richtig! Die NoNPD-Kampagne unterstützen und Unterschriften für das NPD-Verbot sammeln!

Die Neuauflage der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum „Rechtsextremismus in Deutschland“ hat jüngst erst wieder gezeigt, wie weit rassistisches, antisemitisches und antidemokratisches Gedankengut bis in die Mitte unserer Gesellschaft vorangekommen ist.

Den alltäglichen Rassismus überall in Deutschland bekämpfen!

Im Jahr 2012 stand das Gedenken an die Opfer der rassistischen und neofaschistischen Pogrome vor 20 Jahren in Rostock-Lichtenhagen ebenso wie in Mölln im Vordergrund.

Gemeinsam mit vielen anderen engagierten Menschen haben wir gegen den staatlichen Rassismus und den Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft ein Zeichen gesetzt. Wir

Kommentar

80 Jahre danach:

Aus der Geschichte noch immer nichts gelernt

Der Bundesrat hat sich für ein Verbot der NPD ausgesprochen. Zuvor hatten die Innenminister der Länder mit Ausnahme Hessens ein neues Verbotverfahren empfohlen. Das ist zweifellos ein Erfolg einer regen antifaschistischen Bewegung, an der die No NPD-Unterschriftenaktion der VVN-BdA ihren Anteil hat. Doch wir können uns nicht ruhig zurücklehnen und abwarten, was kommt, denn Bundestag und Bundesregierung haben ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Führende Politiker vor allem der Regierungskoalition sprechen sich nach wie vor gegen ein NPD-Verbot aus, wie Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der zweithöchste Repräsentant des Staates. Der Einfluss der NPD werde überschätzt, meinte er, denn bei den Bundestagswahlen könne diese Partei nur mit 0,5 Prozent der Stimmen rechnen, außerdem sei ihr nur in zwei Landtagen der Einzug gelungen. Auch die NPD-Mitglieder in kommunalen Parlamenten stellten keine Gefahr dar. Sorgen bereite ihm allein die wachsende Gewaltbereitschaft des Rechtsextremismus.

Dass diese Gewaltbereitschaft ihre ideologischen Ursachen nicht zuletzt in der von der NPD besonders propagierten Ausländerfeindlichkeit hat, wird von Lammert und Gefolgsleuten nicht thematisiert.

Dabei hat gerade erst eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung festge-

stellt, dass 39 Prozent der Ostdeutschen und 22 Prozent der Westdeutschen – im Bundesdurchschnitt 25,1 Prozent – ausländerfeindlich eingestellt sind. 37,2 Prozent aller Befragten sehen die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ Man muss schon eine gehörige Portion Ignoranz an den Tag legen, wenn man die ideologischen Wegbereiter eines solchen Feindbildes verharmlost. In der Tat werden ausländerfeindlich motivierte Gewalttaten nicht nur von neofaschistischen Terrorbanden wie dem NSU begangen sondern in zunehmendem Maße auch von aufgehetzten Einzeltätern. Nur wurde der Zusammenhang zwischen faschistischer Gesinnung und ausländerfeindlichen Straftaten von Ermittlungsbehörden und Medien in Vergangenheit und Gegenwart allzu gern verschleiert oder gar geleugnet. Das ging soweit, dass Leute den Vorschlag machten, zu untersuchen, warum sich die Mordtaten der NSU-Terroristen in der Mehrheit gegen türkischstämmige Menschen gerichtet hätten und nur eine gegen einen Griechen.

Der Bundestagspräsident beweist mit seiner verharmlosenden Bewertung der NPD bedenkliche Unkenntnis der deutschen Geschichte. Sonst hätte ihm bewusst sein müssen, dass die Partei Hitlers nach massiver Unterstützung eines Teils der deutschen Schwerindustrie und eines großen Medienkonzerns innerhalb kurzer Zeit Masseneinfluss gewann und es nach der Machtübertragung keine vier Monate dauerte, bis sie sich im Reichstag, in Landes- und Rathäusern fest eingenistet hatte. Getragen wurde sie dabei von einer nationalistischen,

ausländerfeindlichen und antisemitischen Massenstimmung. Der 80. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 sollte Veranlassung geben, sich mit der deutschen Geschichte etwas ausführlicher und gründlicher zu beschäftigen.

Gegner des NPD-Verbots wie Lammert berufen sich oft auf ein Risiko, das ein Verbotverfahren in sich birgt. Welches Risiko könnte das sein? Das erste Verfahren scheiterte einzig an den vielen V-Leuten, die der Verfassungsschutz in die NPD-Gremien eingeschleust hatte. Diese sollen inzwischen abgeschaltet worden sein, so wurde behauptet oder ist man sich da nicht so sicher? Der in der Adenauer-Republik unter Mitwirkung alter Nazis aufgebaute Inlandsgeheimdienst ist ja im Laufe der Jahre zu einem Staat im Staate geworden. Daher konnten seine führenden Männer mit Verharmlosung, Vertuschung, Aktenvernichtung und dem Aufpassen faustdicker Lügen sogar den Versuch unternehmen, den Untersuchungsausschuss des Bundestages an der Aufdeckung der NSU-Morde zu hindern. Ein Risiko für die Demokratie besteht allerdings, wenn es so bleibt wie es ist und sich am Ende nicht zehn Prozent der deutschen Bevölkerung wie nach der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aktuell festgestellt, sondern noch weit mehr wieder einen Führer herbei sehnen, der „Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Und da wird es keinen Sinn machen, zwischen Ost- und West zu unterscheiden, wenn es denn überhaupt jemals einen Sinn gehabt hat.

Günther Wilke

Fortsetzung von Seite 1

begrüßen es, dass der schleswig-holsteinische Landtag die Aufnahme der Sinti und Roma als schützenswerte Minderheit in unsere Landesverfassung aufgenommen hat. Aber das allein ist nicht genug. Den schönen Worten müssen auch Taten folgen.

Schluss mit der Diskriminierung der Flüchtlinge in unserem Land

Aufenthaltsrecht statt Abschiebung

„Rassismus und Neofaschismus werden in unserer Gesellschaft immer noch

heruntergespielt. Es ist Zeit, ihnen entschlossen entgegenzutreten. Das Erinnern zu erkämpfen bleibt eine dringende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Als Opfer sind wir keine Statisten, sondern die Hauptzeugen des Geschehenen. Und wir lassen uns nicht zum Schweigen bringen – nicht durch Neonazi-Graffitis, nicht durch Naziaufmärsche und nicht durch rassistische Tendenzen in der Gesellschaft.“ Diese Worte stammen von Ibrahim Arslan, der als Siebenjähriger den Brandanschlag in Mölln nur knapp überlebte.

Ihnen ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen außer diesem:

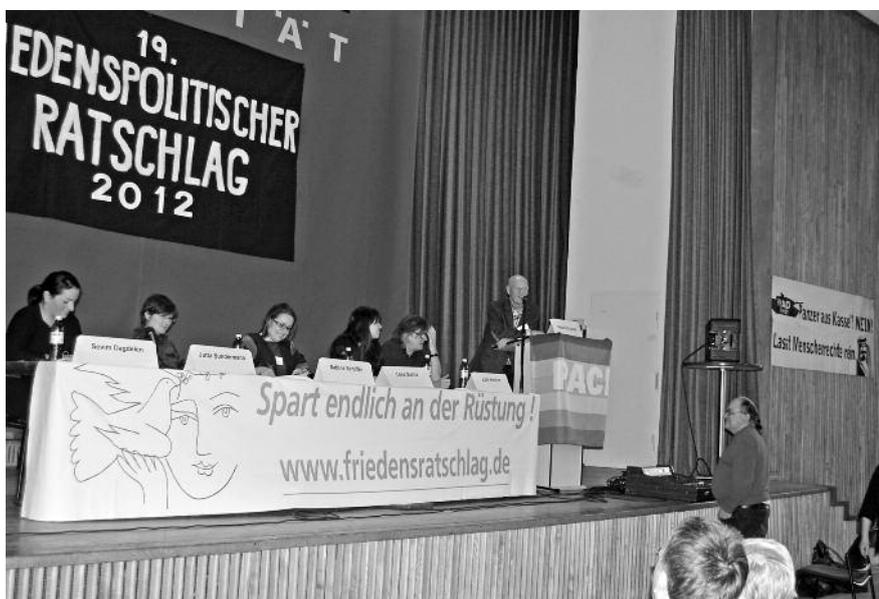
Allen Antifaschistinnen und Antifaschisten in unserem Land, allen Mitstreitern im Sinne des Schwures von Buchenwald ein gutes neues Jahr 2013, auch Gesundheit, verbunden mit der Hoffnung, dass es friedlicher werden möge als das vergangene Jahr. Dafür einzutreten ist unsere gemeinsame Aufgabe.

*Landesvorstand der VVN-BdA
Schleswig-Holstein,
i.A. Hartmut Büchsel*

Der 19. Friedenspolitische Ratschlag in Kassel

Die Rückkehr des Krieges in die Politik.

Eine Welt ohne Krieg ist möglich!



VetreterInnen von Attac, IPPNW, die Linke und IG-Metall zu dem Thema „Die Politik in die eigenen Hände nehmen-Friedens- und soziale Bewegungen als Akteure“

Vom arabischen Frühling in den globalen Winter? Afghanistan, Irak, Libyen ... wer ist der Nächste? Wirtschaft, Politik, Militär und Medien: die unheilige Allianz.

Wieder war der Ratschlag mit ca. 400 TeilnehmerInnen hervorragend besucht. Am Rande des Ratschlags traf sich die AG Antimilitarismus der VVN-BdA, die zum Gelingen des Ratschlags ihren Beitrag geliefert hat.

In den 29 Diskussionsforen und Workshops kam(fast) alles zur Sprache: Von Afghanistan über Ägypten, Syrien, Türkei, Iran, Tunesien oder Indonesien bis zur Europäischen Union und den USA und ihrer Globalstrategie; von der Transformation der Bundeswehr, der NATO nach dem Chicago-Gipfel über die Rüstungsexporte bis zur Frage der Rüstungskonversion, von der Raketenabwehr über die Kampfdrohnen bis zur Uranmunition und deren Folgen, (von den Folgeschäden des Einsatzes von Agent Orange im Vietnamkrieg handelte eine eigene Filmvorführung) von den Versuchen der Bundeswehr, ihre Reservisten in den „Heimatschutz“ zu integrieren, über die Militarisierung der Gesellschaft bis zur politischen Funktion militärischer Videospiele.

Friedenspolitische Schwerpunkte 2013 wurden von dem Bundesausschuss aufgrund der Diskussion auf dem Ratschlag erarbeitet.

Hauptschwerpunkt bleibt die Unterschriftskampagne „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen!“

Wir fordern den Stopp aller Kampfhandlungen. Die Bundeswehr muss sofort und bedingungslos aus Afghanistan abgezogen werden. Dadurch frei werdende Mittel sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Auslandseinsätze sind zu beenden.“

In der Präambel heißt es:

„Überall auf der Welt erheben sich Menschen gegen Unterdrückung. Die Forderung: „Freiheit, Brot und Würde“ wird in der arabischen Welt millionenfach auf die Straße getragen.

Die Proteste in Spanien, Portugal und Griechenland zeigen: Auch in Europa wird für andere, menschengerechte Lebensbedingungen gekämpft. Gegen Schuldenbremsen und die Diktatur der Finanzmärkte gehen Hunderttausende auf die Straße. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit kann von den Herr-

schen nicht mehr unterdrückt werden.

Auch zahlreiche Länder Lateinamerikas versuchen, sich dem neoliberalen Diktat des Dollar – Imperialismus zu entziehen und einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen. In den USA engagieren sich Sozial- und Friedensbewegung gemeinsam gegen Bankenmacht und für die Beendigung der Kriege. Durch internationale Solidarität eröffnet sich die Möglichkeit einer Wende hin zu einer friedlichen, sozial gerechten und demokratischen Welt. Dies ist die eine Seite der gegenwärtigen Umbruchprozesse.

Daneben gibt es jedoch die andere, die bedrohliche Seite der Weltentwicklung: die Seite der Kriege, der Gewalt, der Umweltzerstörung und des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen, die Seite wachsender Armut, der Hungersnot und des massiven Abbaus sozialer und demokratischer Rechte. „Die Rückkehr des Krieges in die Politik“ ist dabei wesentlicher Teil der globalen Krise. Auch sie prägt unsere Zeit. Im Rahmen der sogenannten Neuen Weltordnung wird seit 1990 das Recht des Stärkeren als Prinzip der internationalen Beziehungen durchzusetzen versucht.

Jüngste Beispiele sind der NATO-Krieg gegen Libyen und Israels Angriff auf den Gaza-Streifen. Die Kriegsdrohungen gegen Iran und die unverhüllten Versuche, auch in Syrien einen „Regime Change“ mit Gewalt herbeizuführen, können einen gefährlichen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen – mit verheerenden Folgen für die Menschen in der Region, für die krisengeschüttelte Weltpolitik und das Völkerrecht.

Die Bundeswehr wird nicht nur in eine globale Interventionsarmee „transformiert“, sie soll auch im Innern eingesetzt werden. Neue Waffen (z.B. Kampfdrohnen) sollen die Kriegführung der NATO effektiver machen. Rüstungsexporte tragen zur weiteren Aufrüstung regionaler Krisenregionen und der ganzen Welt bei.

Fortsetzung Seite 4 unten

65 Jahre gegen Faschismus und Krieg

Eine Veranstaltung zum Gründungsjubiläum der Kreisvereinigung Pinneberg VVN-BdA in Elmshorn

Im November 1946 stellte eine Gruppe „früher aus politischen, rassischen und religiösen Gründen in Pinneberg“ Verfolgter an die Britische Militärregierung den Antrag zur Genehmigung einer „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Nachdem der Antrag zunächst „weitergeleitet“ wurde, gründeten 1947 namhafte Antifaschistinnen und Antifaschisten, Überlebende aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aktive Teilnehmer am Widerstand und Rückkehrer aus der Emigration die Kreisvereinigung der VVN im Kreis Pinneberg.

Am 24. November 2012 wurde durch die Kreisvereinigung Pinneberg im Rahmen einer festlichen Veranstaltung, gemeinsam mit der Landesvereinigung Schleswig-Holstein, das 65. Gründungsjahr der VVN-BdA im Kreis Pinneberg gewürdigt.

Die Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzeck hielt das Grußwort im gut besetzten Kollegiumssaal des Rathauses der Stadt Elmshorn. Sie hob die Bedeutung eines organisierten Antifaschismus in der Tradition des Schwurs von Buchenwald hervor. Durch Erinnerungsarbeit und Aufklärung leiste die VVN-BdA einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung gegenüber neofaschistischen Tendenzen sowie rassistischen Erscheinungen. Als unverzichtbarer Teil der Zivilgesellschaft könne die VVN-BdA im Bündnis mit allen anderen demokratischen und humanistischen Kräften Provokationen von Neonazis wirksam entgegentreten.

Zu diesem standhaften Eintreten der Gründerinnen und Gründer der VVN und der nachfolgenden Generationen, für eine Welt ohne Verfolgung und Ausgrenzung, für Frieden,

Demokratie und sozialen Fortschritt, gehörte immer Mut, insbesondere auch in der Nachkriegszeit. U.a. weil sich die VVN auch gegen Remilitarisierung einsetzte, wurde sie von Anfang an als kommunistisch unterwandert bekämpft. 1951 wurde ihre Dachorganisation, der Rat der VVN, verboten. Später beantragte die Bundesregierung beim Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, einem früheren NSDAP- und SA-Mitglied, die Vereinigung ganz verbieten zu lassen. Nur eine Welle internationaler Proteste verhinderte dies. Über diese wechselvolle Geschichte sprach Marianne Wilke, Ehrenvorsitzende der Landesvereinigung. Sie legte anschaulich dar, wie im Kreis Pinneberg unter den Bedingungen von Restauration, Wiederaufrüstung und Aufleben des Neo-



faschismus, die Überlebenden aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern sowie die Rückkehrer aus Krieg, Gefangenschaft und Emigration ihren Kampf für Frieden und Demokratie nahtlos fortsetzten.

Eine kleine Ausstellung am Rande der Veranstaltung illustrierte den Beitrag von Marianne Wilke. Das Foto einer VVN-Demonstration aus den 50er Jahren zeigte ein Transparent mit der Losung: „Die Verfolgten von gestern – die Verfolgten von heute!“ Ein prägnanter Ausdruck für die politischen Bedingungen, unter denen unsere Kameradinnen und Kameraden damals lebten, arbeiteten und kämpften. Die Ausstellung unter den Themenschwerpunkten: „Der Kampf um einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang“–„Für Frieden und

.....
Fortsetzung von Seite 3

Die Allianz aus Konzernen, etablierter Politik, Militär und Mainstream-Medien bedrohen Frieden und Demokratie. Mit milliardenschwerer Aufrüstung, Militäreinsätzen, Nationalismus und neokolonialistischer Anmaßung wird die Krise noch weiter verschärft.

Friedenspolitik sieht anders aus. Waffenstillstand – restloser Abzug aller Truppen – politische Verhandlungen – wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit: Das sind die entscheidenden Hebel zur wirklichen Lösung von Gewaltkonflikten – überall auf der Welt.

Uns verbinden die Visionen von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Aufklärung und der Völkerverständigung, von einer Bundesrepublik, von deren Boden nicht weiter Krieg ausgeht. Das Jahr 2013 – das Jahr der Bundestagswahl – muss von außerparlamentarischen Aktionen geprägt sein. In einem Klima erhöhter politi-

scher Aufmerksamkeit gilt es, über den Zusammenhang von Krisen und Kriegspolitik zu informieren und alternative Wege der Gewaltlosigkeit und Solidarität zu entwickeln.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Frieden ist Arbeit,

Bildung, Gesundheit, Kultur, Sozialaufbau, kurz – die Angelegenheit aller. Eine Welt ohne Krieg ist möglich.

Lore und Bernd Meimberg

Abrüstung“-„Gegen Verfolgung Gestern und Heute“-„Gegen Antisemitismus und Rassismus“-„Antifaschistische Politik ist Bündnispolitik“-„Erinnerung und Zukunft“ soll ausgebaut werden. Dazu wurden alle Gäste der Veranstaltung aufgefordert, Bilder und Dokumente für eine Digitalisierung zur Verfügung zu stellen.

An der Frontseite des Elmshorner Rathauses steht ein Gedenkstein für die Elmshorner Opfer aus dem Widerstand. Wie und warum aus dem 1946/47 errichteten Stein ein „Stein des Anstoßes“ wurde und wie er schließlich seinen würdigen Platz erhielt, hat Wittigo Stubbe mit einem von Heinz Stehr ausgearbeiteten Beitrag herausgestellt. Dieser Beitrag zeigte nicht nur einen besonderen Aspekt örtlicher Auseinandersetzungen, sondern auch die spezifischen Bedingungen in einer Stadt, deren antifaschistische Traditionen aus der Zeit des Widerstandes, der Verfolgung und der Selbstbefreiung lebendig gehalten werden und ein wichtiges Element der kommunalen Identität darstellen.

Identitätsstiftendes kulturelles Erbe und antifaschistische Tradition haben zum einen die Lieder nach Texten von Becher und Brecht, gesungen von Anna Haentjens, am Klavier begleitet durch Maarten Slooves, und zum anderen Lieder aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung, des Widerstandes und der Friedensbewegung, gesungen von Dirk Wilke und Peter Schenzer, lebendig werden lassen.

Im abschließenden Beitrag von Hartmut Büchsel, Vorsitzender der Landesvereinigung, „Die VVN-BdA heute“ wurde deutlich, dass die Herausforderungen für die VVN-BdA in der Zukunft nicht geringer werden. Dass wir uns als Vereinigung weiter entwickeln müssen, resultiert nicht nur aus der Wandlung des Gegners und den Veränderungen in der Gesellschaft, diese ständige Notwendigkeit resultiert auch aus den Veränderungen in der Mitgliedschaft. An die Stelle der unmittelbaren Zeitzeugen aus Widerstand und Verfolgung müssen nun diejenigen treten, die deren Zeugnis weitertragen können. Dies ist nur ein Gesichtspunkt der vor uns stehenden Herausforderungen mit teilweise neuen Inhalten und anderen Formen.

Aktuell bleibt aber bei allen not-

wendigen Veränderungen der **A u f t r a g**, geschworen auf dem Appellplatz in Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Jürgen Brüggemann



Nordkonferenz 2013 1. März bis 3. März

In der

Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh, 21244 Buchholz /Nordheide, Ortsteil Seppensen, Ahornweg 45. Tel. 04181-8726; Fax 04181- 281142 Bahnhof Buchholz. Abholdienst vom Bahnhof organisierbar.

Anmeldung für Schleswig Holstein bis 9. Februar 2013 bei Lore Meimberg
Tel. 04543 7107 oder Email LoBeMeimberg@t-online.de

Samstag ab 9.30

vormittags Thema Militarismus – Militarisierung der Jugend“ mit Monty Schädel politischer Geschäftsführer der DFG-VK

Samstagnachmittag „Nazis und Gewalt – Rechtsterrorismus und Verstrickungen der Politik“ mit der Sprecherin im Landtag Thüringen der Linken Martina Renner

Nachmittags: Diskussionsrunde über „Naziaufmärsche verhindern – blockieren“ mit Cony Kehrt VVN Hamburg, Monty Schädel aus Rostock, Olaf Meyer Antifaschistische Aktion Lüneburg.

Abends Zusammensein und antifaschistische Lieder mit Peter Schenzer und Angela

Sonntag 9.00

Antifaschistische Bewegung in den Nordländern. Neofaschistische Entwicklungen. Internetauftritt, Austausch, Verabredungen

Preise: Freitag bis Sonntag Mittagessen: € 93; Samstag (ohne Frühstück) – bis Sonntag Mittagessen € 63,-; Samstag mit Frühstück (9.00 Uhr) bis Sonntag € 68,-;

Frühstück € 5,-; Mittagessen € 8,-; Kaffee nachmittags € 5,-;

Abendbrot € 8,-

Besondere Essens- (z. B. vegetarisch) und Unterbringungswünsche (Einzelzimmer?) bitte bei der Anmeldung mit angeben. Abholung vom Bahnhof Buchholz erfragen (04181-8726).

Stornierung der Anmeldung

bis spätestens Dienstag, den 26. Februar 2013, 18.00 Uhr!

Bei nicht rechtzeitiger Stornierung müsst Ihr für das Essen aufkommen, damit Heideruh nicht auf den Kosten für Lebensmittel sitzen bleibt, d.h. pro Mahlzeit siehe Kostenaufstellung unten. Ausnahme Vollpensionsgäste von Freitag bis Sonntag € 42,20.

„... hat keine Rechte auf Menschenrechte“ Im März eskalierte eine nicht angemeldete Demonstration gegen einen in Leck wohnenden verurteilten Sexualstraftäter, der seine Strafe verbüßt hatte

Schon lange hatte das nordfriesische Bündnis gegen Rechts darauf hingewiesen, dass im nördlichen Nordfriesland eine sehr aktive neofaschistische Szene Aktivitäten entwickelte. Dies war auch dem Kreis Nordfriesland bei einer Anhörung im November 2011 mitgeteilt worden. Im „Bericht der Kreisverwaltung zu rechtsextremen Tendenzen im Kreis Nordfriesland für den Zeitraum 2010 bis 2011“ vom 22. August 2012 findet sich allerdings davon kein Wort. Das löste auch im Kreiskulturausschuss bei allen Fraktionen Empörung aus. Die VVN-BdA schrieb einen Beschwerdebrief an die Kreisverwaltung, der als Anlage dann zusammen mit dem o.g. Bericht an weitere Ausschüsse des Kreistags ging.

Angeblich spontan versammelten sich damals ca. 50 Bürgerinnen und Bürger vor der Wohnung des 18-jährigen. „Es fielen Sätze wie „Ein Strick kostet nicht die Welt“ und „Todesstrafe dem Kinderschänder“.“, schrieb damals die örtliche Presse, und: „Wo

kam bloß diese Gewaltbereitschaft her? Die Spontandemo – zu der auffallend viele NPD-Aktivisten gingen – verdeutlicht, wie fatal es ist, dass Menschen mit radikalen Ansichten neue Medien wie Facebook und Twitter für ihre Zwecke zu nutzen wissen. Schon Tage vorher wurden mit Gerüchten, hetzerischen Kommentaren und Fotos im Internet Emotionen geschürt. Es galt, Ängste zu wecken, um Bürger zu manipulieren und zum Mitmachen zu verleiten. Derart angestachelt, konnte die Hetzjagd beginnen, und es ging erschreckend schnell zur Sache – wie so oft. Manch ein Anwohner, der auf der Demo eigentlich nur seine Sorgen kundtun wollte, sah sich plötzlich unfreiwillig als Teil der NPD-Maschinerie. Der Missbrauch eines Kindes wurde in Leck für politische Zwecke missbraucht.“ Ein Teil der rechten Aktivisten versuchte, in das Haus zu gelangen und die Wohnung zu stürmen. „Wer sich an Kindern vergeht, hat keine Rechte auf Menschenrech-

te“, sagte eine Rednerin dort wörtlich über das Megaphon.

Am 28. November wurde vor dem AG Niebüll das Urteil gegen den Versammlungsleiter Mirko N. verkündet: 9 Monate und 2 Wochen Haft, ausgesetzt auf 3 Jahre zur Bewährung, sowie eine Geldbuße von 1000 Euro. Die Richterin sah es als erwiesen an,

- dass es sich um eine nicht angemeldete, geplante Demonstration gehandelt habe,
- dass der angeklagte Versammlungsleiter zweimal versucht hätte, einem Polizisten die Pistole zu entreißen, und
- dass er Widerstand gegen Vollzugsbeamte geleistet habe.

Auch wenn der Neonazi Rechtsmittel gegen das Urteil angekündigt hat, dieses also noch nicht rechtskräftig ist, so hat der Prozess doch gezeigt, dass die angeblich spontane Demonstration schon Tage vorher vorbereitet worden

Fortsetzung nächste Seite unten

online shop

**Buttons, Pins, Aufkleber, Bücher
Broschüren, Transparente, Kataloge,
Fahnen, Klamotten, Werbeartikel.**

Bestellbedingungen
Die Versandpauschale beträgt 3,90 € und entfällt bei einem Warenwert über 50 €.
Der Mindestbestellwert beträgt 10 €.
Bei Internetbestellung sammelt man Bonuspunkte. Die genannten Preise behalten ihre Gültigkeit bis zu drei Monate nach dem Erscheinen dieser Anzeige. Der Versand erfolgt auf Rechnung oder Vorkasse.

Wie bestellt man?
Am einfachsten online über: www.shop.vvn-bda.de
Nach dem Umzug in die Bundesgeschäftsstelle sind Bestellungen auch telefonisch und per Fax möglich:
Telefon 030 29784174,
Telefax 030 29784179, oder kommt vorbei:
VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Abbildungen nicht maßstabsgerecht!

ALLES FÜR DIE ANTIFA!

Aufkleber...
Postkastenaufkleber,
100 Stück zu 2,00 €

Rechtsaußen bleibt draußen!
Keine! Post von Nazis und Rassisten!
www.npd-verbot-jetzt.de

NEU

Zahlreiche Buttonmotive...
ab 0,92 €

Bücher...

Hier: Einspruch! Das Buch zur Geschichtskonferenz der VVN-BdA, 12 €

Ausstellungskatalog...

Katalog zur Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, 34 Seiten, DIN A4, Angebot: jetzt 2,90 €

Klamotten...

T-Shirts, Polos, Kapuzenshirts mit verschiedenen Logos in allen Größen, ab 19,90 €
Hier: Shirt „Ally Troops“, inkl. beidseitigem Motiv-Druck, nur 10,79 €

www.shop.vvn-bda.de

Aktiv gegen Neofaschismus

20 Jahre nach den Brandanschlägen in Mölln



Demonstration und Kundgebung am 17.11.2013 in Mölln

Die VVN-BdA Lüneburg rief im Bündnis mit der LINKEN, Solid, dem Schülerrat Mölln, dem Jugendkomitee Mölln und dem Freundeskreis Mölln 92 zu einer Kundgebung und Demonstration am 17. November 2012 auf.

Nach Hoyerswerda im September 1991 und Rostock – Lichtenhagen im August 1992 geschah am 23. November 1992 in Mölln das Unfassbare. Neofaschisten setzten zwei Häuser in Brand. Im zweiten Haus in der Mühlenstraße kamen die zehn- und vierzehnjährigen Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan in den Flammen um. In der Ratzeburger Straße wurden acht Personen verletzt. Einer der Täter war im Kreisvorstand der NPD.

Vor ca. 1000 Demonstrant/Innen hielt ich eine Rede als jemand der 1992 mit Lore und vielen anderen in

Mölln politisch aktiv im „Antifaschistischen Aktionsbündnis“ und in der Friedensbewegung war, aus der ich auszugsweise berichtete:

„In Mölln und Umgebung wurden auch schon in den Jahren vor 1992 Unterkünfte für Asylbewerber angegriffen und Brandanschläge durchgeführt. Der damalige stellvertretende Vorsitzende der NPD in S-H, und Vorsitzender der NPD im Kreis, Heino Förster, war zu der Zeit in Mölln sehr aktiv. So hatte er z.B. im Juli 1992 mit 30 jungen Leuten ein Asylbewerberheim in Bahlen bei Boitzburg überfallen.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis im Kreis Lüneburg, ein Organisations- und Personenbündnis, dem auch die Friedensinitiative, VVN-BdA, Grüne, Jusos, DKP und die Antifa angehörten, hatte bereits in den 80er Jahren angefangen, mit Veranstaltungen und Demonstrationen auf die neofaschistische Gefahr aufmerksam zu machen. Auch wurden Vorschläge in den Kreistag eingebracht, wie man den neofaschistischen Tendenzen im Kreisgebiet begegnen könne.

Die Möllner Initiative „Asylkreis f. bedrohte Flüchtlinge“ versuchte die Einrichtungen für Asylbewerber/Innen zu schützen, da von der Politik die Bedrohung der Flüchtlinge nicht ernst genommen wurde. Mit einem ausländisch-deutschen kulturellen Begegnungsfest unter dem Motto: „Miteinander leben“ im August 1992 in der Paul A. Weber Realschule versuchten wir Vorurteile abzubauen und mehr Aufmerksamkeit in der Gesellschaft über die neofaschistische Entwicklung zu fördern.

Vierzehn Tage vor den Anschlägen versuchten wir auf einer Demonstration auf die Nazigewalt auch in Mölln

aufmerksam zu machen. Heino Förster und seine Skinheads versuchten diese Demo zu stören. Am 23.11.1992 geschah der Brandanschlag in der Mühlenstraße. Mit einem spontanen Aufruf zu mehreren Demonstrationen in Mölln wandten wir uns nach dem Brandanschlag an die Bevölkerung:

„Schützen Sie unsere ausländischen Mitbürger vor der Gewalt Tag und Nacht.

Wehrt Euch gegen den Faschismus. Steht auf, sagt nein – tut endlich etwas.“

Wir hofften, dass die Bevölkerung die Politik wachrütteln würde, endlich ernsthaft tätig zu werden gegen die neofaschistische Gewalt vor Ort. Sehr viele BürgerInnen folgten dem Aufruf und bekundeten ihre Trauer und Wut über diese Vorfälle.

Am 28. November 1992 kam es dann zu einer bundesweiten Großdemonstration in Mölln mit ca. 15000 TeilnehmerInnen. Aufgerufen hatten zahlreiche deutsche und türkische Organisationen.

Im selben Jahr traten die verschärften Asylgesetze in Kraft, um Menschen von einer Flucht nach Deutschland abzuschrecken.

Konservative Kreise im Bündnis mit Nazis hatten es geschafft, eine Stimmung gegen AusländerInnen zu erzeugen, sodass die Gesetze trotz der Proteste zahlreicher Menschen von der Bevölkerung akzeptiert wurden.“

Leider ist es den antifaschistischen und demokratischen Kräften nicht gelungen, die Morde in Mölln und anderswo zu verhindern. Deshalb ist es so wichtig, dass sich große Teile der Zivilgesellschaft in Bündnissen gegen den aufkommenden Neofaschismus wehren. Sie klären auf und setzen sich für Demokratie ein.

Wenn heute Christen, Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten, Gewerkschaften und Kommunisten, Kirchen und viele andere Organisationen zusammenstehen und nicht die gleichen Fehler begehen wie vor 1933, dann wird es für uns eine Zukunft ohne Faschismus geben.

Bernd Meimberg

Fortsetzung von Seite 6

war, und dass die NPD mit Funktionären und Material vor Ort war und die Stimmung tatkräftig angeheizt hat.

Nachzutragen bleibt noch, dass sich in Leck inzwischen auf gewerkschaftlichen Druck und gegen den anfänglichen Widerstand der Kommune ein Runder Tisch gegen Rechts gegründet hat. Darin arbeiten ortsansässige Bürger, gewerkschaftliche, kirchliche und antifaschistische Kräfte zusammen.

rb

Termine

23. Januar, 19 Uhr
 Kulturzentrum „Speicher“ Husum
 „Der Haupttäter wurde verschont“
 Zur Strafverfolgung der in den nordfriesischen KZ verübten NS-Verbrechen.
 Referent Klaus Bästlein, Jurist und Historiker

23. Januar 18.30 Uhr
 Landeshaus Kiel
 Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
 „Erinnerungsort Kiel“
 LAGSH / Landeszentrale politische Bildung

26. Februar 16 Uhr
 Ratssaal Kaltenkirchen
 Schüler der Waldorfschule bringen Auszüge der im KZ Theresienstadt geschriebenen Oper „Brundibar“

27. Januar um 16 Uhr,
 Wedel, Ernst-Barlach-Schule Tinsdaler Weg 44
 „Ich lebe heute“-Erinnern-Gedenken-Handeln
 Ein Programm mit Texten von Brecht, Fried und Neruda, Sowie Liedern von Eisler, Folkerts und Theodorakis.
 Julia Schilinski, Gesang
 Rolf Becker, Rezitation
 Gerhard Folkerts, Klavier.
 Veranstalter: DGB OV Wedel
 Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit / VVN-Bund der Antifaschisten, Wedel

2. Februar 16 Uhr Speicher Husum
20 Uhr Gemeindesaal
 St. Jürgen in Heide
 Film „Blut muss fließen“
 Aufnahmen mit versteckter Kamera über die Rechtsrock-Szene

Mehr als 20 Orte sollen ausgespäht worden sein NSU suchte auch nach Terrorzielen in Schleswig-Holstein

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) soll auch in Schleswig-Holstein nach Anschlagzielen gesucht haben. ... Bei Hausdurchsuchungen wurden gekennzeichnete Stadtpläne und Anmerkungen zu den Gegebenheiten gefunden. Außer in Kiel, wo Beate Tschäpe im Rockermilieu Waffen kaufte, sollen auch Anschlagziele in Neumünster, Grömitz, Lübeck, Neustadt und Gelting ausgespäht worden sein, darunter befinden sich Kulturvereine von Migranten.

Hinweise erhielten die Ermittlungsbehörden bereits im Strafverfahren gegen die „Hells Angels“ durch die Aussage eines Hauptbelastungszeugen. Diese seien nach Angaben des Journalisten und Antifaschisten

Volkmar Woelk nicht ausgerechert worden. Woelk vermutet, dass nur bereits Bewiesenes in der Anklageschrift aufgeführt wurde. Die Bundesanwaltschaft habe „ganz bewusst“ Sachverhalte weggelassen.

Unabhängig vom Strafverfahren gegen Beate Tschäpe gehen die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses des Bundestages weiter. Nach einem Rundfunkinterview des Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) ist bisher erst die Hälfte des Materials aufgearbeitet worden. Man darf darauf gespannt sein, welche Skandale noch an das Licht der Öffentlichkeit kommen. Schon jetzt mussten fünf hohe Beamte des Verfassungsschutzes ihren Hut nehmen.

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Dr. Jürgen Brüggemann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn [juergen-christine@bruegge48.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäcker gang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdah@email.de] www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
 Neofakommission Küste: www.kueste.vvn-bda.de

Vi.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name:
 Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von Euro*.
 Adresse:
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,
 E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
 BLZ 216 617 19, KNR 4 332 970